

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1932

31.12.1932 (No. 307)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Fernsprecher
Nr. 955
und 954
Postfach
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. Krenn,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3 Reichsmark. — Einzelnummer 10 Reichspfennig. Samstags 15 Reichspfennig. — Anzeigengebühr: 14 Reichspfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatte, der als Kassenzahlung gilt und vervielfacht werden kann, wenn nicht binnen 4 Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antilige Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Kontostopverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Ausperrung, Waldbrand, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abstellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Zuschriften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleiheblätter für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Antilige Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Geleitwort zum neuen Jahre

Von Staatspräsident Dr. Schmitt-Karlsruhe, M. d. R.

Staatspräsident Dr. Schmitt veröffentlicht im „Bad. Beobachter“ folgendes Geleitwort zum neuen Jahr:

Mit großer Beforgnis — und trotzdem mit festem Goltvertrauen und Selbstvertrauen — blicken wir auf das neue Jahr.

1. Unser erster Wunsch ist, daß im neuen Jahre der Rechtsgedanke und der Rechtsstaat keinen Schaden mehr leiden mögen.

Recht muß immer vor Macht gehen. Es darf weder das formale Recht verletzt werden. Wie bedauerlich ist es, wenn man den Staatsgerichtshof anrufen muß, um Rechtswidrigkeiten abzuwehren. Es gibt aber auch ein ungeschriebenes natürliches Recht, an das jedermann gebunden ist, — auch die Faktoren der Gesetzgebung. Auch die Überschreitung des Naturrechts wird sich rächen. Ich will ununterbrochen lassen, in welchen Fällen der letzten Zeit die naturrechtlichen Schranken nicht eingehalten haben.

2. Das wichtigste ist, daß zwischen Regierung und Volk keine Kluft besteht. Regierung und Volk müssen zusammenarbeiten. Fehlt diese Zusammenarbeit, dann kommt es vor, daß die Regierung hohe Strafen androht, und daß der Reichstag hinterher durch Initiativ-Gesetz die daraufhin verhängten Strafen und darüber hinaus noch viele andere Strafen ansetzt — gegen den Willen der Reichsregierung selbst. — So kommt es und so mußte es kommen, wenn man glaubt, ohne Volk regieren zu können. Wie hat doch Reichspräsident von Hindenburg bei seiner Vereidigung 1925 im Reichstag gesagt?:

„Reichspräsident und Reichstag gehören zusammen, einer kann nicht ohne den anderen sein.“

Und der badische Großherzog Friedrich hat bei dem feierlichen Schluß der Ständerversammlung schon am 30. August 1860 erklärt:

„Ich konnte nicht finden, daß ein feindlicher Gegensatz sei zwischen Fürstenrecht und Volksrecht. Ich wollte nicht trennen, was zusammengehört und sich wechselseitig ergänzt. — Fürst und Volk, unaufloslich vereint unter dem gemeinsamen schützenden Banner einer in Wort und Tat geschlossenen Verfassung.“

Herliche und goldene Worte, die in einer Republik viel selbstverständlicher sein sollten als in der alten Monarchie. Große Verantwortung trifft diejenigen, welche die Kluft zwischen Regierung und Volk herbeiführen oder es veräumen, sie zu überbrücken.

3. Ohne solidarische Zusammenarbeit aller Volksgenossen kommen wir nicht weiter. Zum Anfordern brauchen wir alle, keinen ausgenommen. Wir brauchen insbesondere die Zusammenarbeit der Konfessionen; nur sie können die seelische Not der Volksgenossen überwinden helfen. Die Zusammenarbeit der Konfessionen ist die beste Versicherung, daß die freiwillige Winterhilfe so großen Erfolg bis jetzt gezeitigt hat. Auch die sozialen Belange können nur durch Zusammenarbeit aller gewahrt werden. Unsere oberste soziale Tat muß die Arbeitsbeschaffung sein. Gewährung von Arbeit ist wichtiger und besser als die Gewährung von Wohltaten und Geschenken. Arbeit befreit insbesondere von der seelischen Not.

4. Auf dem Gebiet der Verfassungsänderung ist es gegenüber den früheren vielfachen Ankündigungen ruhig geworden. Mit einem gewissen Recht! Mit übertriebener Eile kann man eine Verfassung weder schaffen noch ändern. Die Eile war ja auch eine der Ursachen der Mängel in der Weimarer Verfassung. Eine Verfassung sollte man auch nicht ändern in den labilen Verhältnissen, wie wir sie heute haben, und eine Verfassung sollte man auch nicht ändern, um eine momentane politische oder parteipolitische Konjunktur auszunützen. Wir

haben heute auch wichtigere Aufgaben als Verfassungsänderungen. Daß eine Verfassungsänderung nur auf verfassungsmäßigem Wege und nicht mit Artikel 48 der W. gemacht werden kann, ist geradezu selbstverständlich. Sie darf auch nicht gemacht werden ohne Einberufung mit dem Volk und mit den Ländern.

5. Die Länder verlangen Eigenstaatlichkeit, und zwar im Interesse des Ganzen und im Interesse des Deutschen Reichs. Sind und waren doch die „eigenen“ Länder die Säulen, die Stützpunkte und die Zufluchtsorte des Reichs und ihrer Regierung — schon zu verschiedenen Zeiten. Die süddeutschen Staaten insbesondere haben bei dem Charakter ihrer Bevölkerung im großen und ganzen ruhigere Verhältnisse aufzuweisen als in anderen Teilen des Reichs, und die süddeutschen Länder sind auch in der Lage, wenn anderswo die Ruhe gefährdet ist, diese Ruhe von Süden her nach den anderen Teilen des Reichs vorzutragen.

Die süddeutschen Länder sind sich über diese ihre Mission einig. Sie sind insbesondere einig im Willen zur Abwehr jeder Beeinträchtigung der Länderrechte.

Durch die Preussische Kommissariatsregierung ist das Gleichgewicht zwischen den Ländern ohne Zustimmung der Länder verstoßen worden. Die Kommissariatsregierung Preußen wirkte sich jedenfalls objektiv zugunsten von Preußen und zuungunsten der anderen Länder aus. Deswegen ist es nicht damit getan, daß man den gegenwärtigen Zustand bestehen lassen will, insbesondere dann, wenn man daran zweifeln muß, ob es sich wirklich nur um ein Provisorium handelt. Das Wünschenswerte wäre, daß der alte Zustand wieder hergestellt und daß die Kommissariatsregierung beseitigt würde. Dabei wäre nicht ausgeschlossen, daß die preussische — und die Reichspolitik auf einheitliche Grundlage gestellt, und daß der preussische Ministerpräsident oder auch noch ein anderer preussischer Minister de facto Mitglied des Reichskabinetts würde. Diese de facto-Lösung würde weder Rechte des preussischen Landtags, noch des Reichstags gegenüber ihrer Regierung irgendwie beeinträchtigen.

Wenn übrigens in einem späteren Zeitpunkt es sich zeigen sollte, daß absolut eine Personalunion zwischen Reich und Preußen auch de jure notwendig wäre, so müßte das sowohl durch verfassungsmäßige Änderung der preussischen Verfassung als auch durch Änderung der Reichsverfassung geschehen; aber die Personalunion müßte auf ein Minimum beschränkt werden.

Nach meiner persönlichen Auffassung müßte es genügen, wenn der Reichspräsident verfassungsmäßig und notwendig preussischer Landespräsident würde (das Amt eines preussischen Landespräsidenten müßte durch die preussische Verfassung neu geschaffen werden). Der Reichspräsident würde also in seiner Eigenschaft als Organ des Reichs die Reichsregierung und in seiner Eigenschaft als preussisches Organ den preussischen Ministerpräsidenten und die preussische Regierung ernennen. Persönliche Identität zwischen preussischem Ministerpräsidenten und Reichskanzler, oder zwischen dem Ministerpräsidenten und Reichspräsident, de facto aber im Einzelfall möglich. Aber auf alle Fälle würde auf diese Weise dem preussischen Landtag das Recht gegeben sein, dem preussischen Ministerpräsidenten und den preussischen Ministern Vertrauen oder Mißtrauen auszusprechen.

Damit wären die Volksrechte gewahrt. Zur Zeit kann aber auch diese auf ein Minimum beschränkte Personalunion de jure nicht in Frage kommen, notwendig erscheint mir aber zur Zeit in Preußen einmal die Verneuerung der Rechte der preussischen Provinzen durch Dezentralisation von Aufgaben; sodann die möglichst baldige Aufhebung der Reichskommissariatsregierung und die Wiedererrichtung einer ersten Landesregierung und Gewährung der schon vielfach erdrückten Gegenrechte und Gegengewichte an die übrigen Länder zum Ausgleich gegen preussisches Übergewicht.

kenntnis der Reichsregierung zu den schöpferischen Kräften des privaten Unternehmertums bedurft, um Empfindungen und Kräfte auszulassen, die bis dahin durch ein falsches System wirtschaftspolitischer Handlungen und Unterlassungen erstikt waren. Wir werden für die Rechte des Unternehmers kämpfen, wie wir uns auch umgekehrt seiner fühligen und nationalen Pflichten vollkommen bewußt sind. Wir erkennen in diesem Zusammenhang an die grundrätlichen Ausführungen, die unser Vorsitzender, Dr. Krupp v. Bohlen und Dalbach, auf der letzten Hauptversammlung gemacht hat. Das Wort „Schicksalsverbundenheit“ der einzelnen Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen hat selbstverständlich nicht nur den Sinn, daß man unter Berufung auf die „Schicksalsverbundenheit“ von den Anderen Opfer verlangt, sondern es umschließt auch die Forderung, daß das Unternehmertum — wie es Herr v. Bohlen ausgedrückt hat — selbst freiwillig und selbstverständlich allen fühligen und nationalen Pflichten nachkommt.“

Neujahrsewlass an die Reichswehr

W. Berlin, 31. Dez. (Tel.) Anlässlich des Jahreswechsels ist ein Erlass an die Wehrmacht ergangen, der vom Reichspräsidenten und vom Reichswehrminister unterzeichnet ist. Der Erlass hat folgenden Wortlaut:

„Zum Neujahrstage spreche ich allen Angehörigen der Wehrmacht, Reichswehr und Reichsmarine, meine herzlichsten Glückwünsche aus. Die alten Soldatentugenden Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung sollen wie bisher die Richtschnur Eures Handelns bleiben.“

Letzte Nachrichten

Die deutsche Industrie zum Jahreswechsel

Besserung der allgemeinen Lage

W. Berlin, 31. Dez. (Priv.-Tel.) Anlässlich des Jahreswechsels stellt der Reichsverband der deutschen Industrie in einem Rundschreiben an seine Mitglieder fest, daß sich in Deutschland nach wie vor ein bewundernswürdiges Kapital an unternehmerischer Initiative, an geistigem und technischem Können, an Opferbereitschaft und an entschiedenem Willen zum Einsatz der letzten Kräfte erhalten hat. Weiter wird in dem Rundschreiben u. a. gesagt: So klar wie uns über die Schwere der Aufgaben sind, die uns in der Zukunft noch bevorstehen, so glauben wir doch zu dem Urteil berechtigt zu sein, daß sich das Gesamtbild der innerwirtschaftlichen und außerwirtschaftlichen Lage Deutschlands in der zweiten Hälfte des Jahres gebessert hat.

„Unsere Mitglieder kennen unsere Stellungnahme zu dem in Münster verkündeten Wirtschaftsprogramm. Wir haben Teile dieses Wirtschaftsprogramms hart kritisiert und bekämpfen müssen, wir haben aber seine Grundlinie begrüßt. Wie sich die Maßnahmen dieses Notprogramms auf die Dauer auswirken werden, läßt sich noch nicht übersehen. Wohl aber kann festgestellt werden, daß es nur dieses eindeutigen Be-

* Das Jahr 1932

III. (Schluß).

Ein Rückblick auf die wichtigsten Ereignisse des Jahres im Ausland ist diesmal für uns besonders interessant, weil wir dabei erkennen, daß auch die meisten Staaten des Auslands mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ja zum Teil sogar unter derselben Depression leiden, wie wir. Es ist das zweifellos ein Trost für uns. Und die Bedeutung eines solchen Trostes wird noch um so größer, wenn man sich vergegenwärtigt, wie hoch doch das Ausland im allgemeinen die deutsche Leistungsfähigkeit einschätzt. Man beurteilt draußen die Wirtschaftslage in Deutschland durchaus nicht optimistisch, aber man ist davon überzeugt, daß unter der Voraussetzung gleicher Startbedingungen kein Land das Ziel des Wiederaufstiegs so schnell erreichen wird, wie Deutschland.

Auch Frankreich, das reiche und übermüdete Frankreich, hat im letzten Jahre die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise am eigenen Leibe zu spüren bekommen. Es hat mit finanziellen Problemen zu kämpfen, und auch wirtschaftspolitisch hat sich der Kreis der Sorgen erweitert. Es will immerhin etwas belagen, daß letzten auch die französische Regierung einen Kredit von 300 Millionen Franken erbitten mußte, um der durch den Preissturz bedrohten einheimischen Landwirtschaft zu helfen!

Allerdings reimt sich das alles noch nicht gut zusammen mit der Tatsache, daß Frankreich auch heute noch Milliarden und Milliarden für Rüstungszwecke ausgibt. Das ist ja auch der Grund, weshalb man in Amerika von einer Streichung der interalliierten Schulden nichts wissen will. Es ist schon so: Frankreich ist — zumal vergleichsweise — auch heute noch ein reiches Land, das ernste und tiefgreifende Nöte nicht kennt. Spielend hätte es die am 15. Dezember fällige Schuldenrate an Amerika zahlen können. Aus „nationalen“ Eigensinn hat es sich den Luxus geleistet, die Zahlung zu verweigern.

Damit ist keine außenpolitische Stellung gewiß nicht verbessert worden. Denn Amerika ist mit Recht empört. Und der bisherige Verlauf der Abrüstungskonferenz hat die Sympathien für Frankreich gleichfalls nicht erhöhen können. Man weiß nur zu gut, daß es nur einen wirklichen Gegner der allgemeinen Abrüstung gibt, und daß das Frankreich ist.

Frankreich betritt jedenfalls das neue Jahr in einer Art politischen Isolierung. Die englische Politik hat längst das französische Fahrwasser verlassen. Italien ist nicht nur im Mittelmeer der gegebene Widerpart Frankreichs, Amerika ist erziert, und Japan geht seine eigenen Wege. Das Bedenkliche aber ist, daß sich im verflorenen Jahr die finanzielle und wirtschaftliche Lage der sog. Vasallenstaaten Frankreichs derartig katastrophal verschlimmert hat, daß man in Paris die Unterstützung durch diese Staaten heute lange nicht mehr so hoch veranschlagt darf, wie früher. Auch der militärische Bündniswert eines Staates, der dicht vor dem Bankrott steht, ist einermäßig festlich zu beurteilen.

So ist aber die Lage in Polen, in Rumänien, in Jugoslawien und teilweise auch in der Tschechoslowakei! Die Schilderungen tiefblickender Reisender zumal aus Polen, Rumänien und Jugoslawien sind von einem Pessimismus erfüllt, der sich kaum noch überbieten läßt. Die ungeheuren Summen, die Frankreich in den Vasallenstaaten angelegt hat, sind bedroht. Andererseits haben diese Länder von der Hilfe Frankreichs nur wenig Nutzen gehabt. Die Hilfe war eben von Anfang an von egoistischen Gedankengängen diktiert. Frankreich hat ein künstliches Gebäude dort im Osten Europas errichtet, ein Gebäude, das sich auf den Franken und auf den Kanonen aufbaut, in der Wirtschaft der betreffenden Länder aber selbst kein Fundament hat.

Uns interessiert von all diesen Ländern am meisten Polen. Werden wir doch mit diesem Staat die nächst der Gleichberechtigungsforderung wichtigste, nationale Frage zu lösen haben, nämlich die des polnischen Korridors. Daß es so nicht weiter geht, wie bisher, das ist die Überzeugung nicht nur aller Deutschen, sondern auch aller anderen vernünftigen Politiker. Ostpreußen muß wieder mit dem Seimalland verbunden werden, und Danzig muß wieder ein richtiges, deutsches Hinterland bekommen. Eine tatkräftige, deutsche Politik im Osten wird das beste Mittel sein, um Polen und auch Litauen von allen Verjungen abzuhalten, selbst noch über das hinauszugreifen, was ihnen die Friedensverträge seinerzeit in wahnwitziger Verblendung zugeschoben haben.

Die Schwierigkeiten Englands sind gleichfalls sehr groß. Sorgen finanzieller, wirtschaftlicher und imperialistischer Art vereinigen sich dort zu einem bedrückenden Ganzen. Immerhin hat das englische Volk im verflochtenen Jahre soviel Tatkraft an den Tag gelegt und so tapfer die Widrigkeiten des Geschicks zu meistern gesucht, daß im Jahre 1932 wenigstens eine weitere Verschlimmerung der Lage nicht eingetreten ist. Auch die englische Politik ist interessiert an der Aufrechterhaltung eines wahren Friedens, weil nur er das für die wirtschaftliche Wiedergewinnung notwendige Vertrauen schaffen kann. Von mancherlei Entgeisungen abgesehen, hat die britische Politik, soweit sie von Macdonald persönlich geleitet wird, zweifellos im Sinne einer vernünftigen Regelung der großen europäischen Probleme gewirkt.

In allen diesen Vertrieben darf sich England ziemlich weit auf Italien verlassen, das unter der Leitung Mussolinis im verflochtenen Jahre eine durchaus folgerichtige und energische Außenpolitik betrieb und im Innern wirtschaftlich bereits eine Reihe von Früchten ernten durfte, die das staatsmännische Genie des Duce seinerzeit gesät hat.

Spanien wird ganz offen von Frankreich umworben. Frankreich wünscht eine Art Bündnis, um im Notfalle seine Truppen auch zu Land nach Frankreich befördern zu können; zum mindesten aber wünscht es, daß ihm ganz bestimmte Stützpunkte auf den Balearen überlassen werden. Im vorderen Orient hat Frankreich einen aufsehenerregenden Vertrag mit der Türkei abgeschlossen, der den Türken Nordsyrien zusichert. Auch diese Maßnahme ist von dem Bestreben Frankreichs diktiert, aus der Isolierung herauszukommen, und sich neue Stützpunkte teils gegenüber England teils gegenüber Italien zu suchen.

Sowjetrußland hat in dem Jahre 1932 den Zusammenbruch mancher Hoffnungen erleben müssen. Gute Kenner der Verhältnisse glauben, daß das Regiment Stalins in seinen Grundfesten erbebt. Tatsache ist, daß die russische Bevölkerung in ihren Massen bei einem Zustand der Verelendung angelangt ist, der beispiellos ist und nichts Gutes für die Zukunft prophezeit.

Die Lage Rußlands muß verzweifelt sein. Denn sonst wäre es vollkommen unerklärlich, daß Moskau ohne auch nur die Hand zu rühren, Japan die Annexion der Mandchurie gestattete. Anfangs schien es so, als ob Moskau bereit sei, um wirtschaftlicher Vorteile willen, den Kampfplatz in Ostasien ein für allemal Japan zu überlassen. Hier hat sich in den letzten Wochen ein Wandel vollzogen: die Sowjetregierung hat nach einer Zeitpanne der Gegnerschaft die diplomatischen Beziehungen zu China in ostentativer Form wieder aufgenommen; und in Japan hat man dies natürlich als ein Zeichen des wachsenden Widerstandes der russischen Politik gedeutet.

Der Völkerbund war schon allein durch die japanische Eroberungspolitik, die dem Grundgedanken des Völkerbunds täglich ins Gesicht schlägt, zu einem Dasein verurteilt, das Mitleid hervorrufen mußte. Jedenfalls ist das Jahr 1932 für das Ansehen des Völkerbunds verhängnisvoll gewesen.

Nordamerika und mit ihm auch das übrige Amerika werden dem Jahre 1932 sicherlich keine Kränze nachweihen. Besonders für die Vereinigten Staaten von Nordamerika war es wirtschaftlich und finanziell eines der furchtbarsten seiner Geschichte. Ein neuer Präsident, Franklin Roosevelt, ist gewählt worden, und mit ihm ist zum ersten Male noch längerer Zeit wieder die demokratische Partei an die Ruder gelangt. Auch für Roosevelt gilt das, was für die meisten Staatsmänner am heutigen Tage gilt: ungelöste Probleme schwerster und ernstester Art warten im neuen Jahr auf ihn.

Die Rückgabe des „Emden“-Schiffes. Das Namensschiff des Kreuzers „Emden“, das von der austral. Regierung an Deutschland zurückertattet werden soll, ist in London eingetroffen. Der australische Gesandte in London, Bruce, wird nach seiner Rückkehr vom Urlaub das Schiff selbst übergeben. Es steht noch nicht fest, ob er es dem deutschen Botschafter in London oder aber dem Reichspräsidenten persönlich in Berlin überreichen wird.

Badisches Landes-Theater

Ludwig-Thoma-Abend
(Drei bayerische Einakter)

Werkwürdig ist's einigermaßen, daß Ludwig Thoma köstlicher Schwank „Erster Klasse“, sonst allerorten viel gespielt und wohl auch hier schon zumindest bekannt und herzlich belacht in Gastvorstellungen einer Tegernseer oder Schlierseer Bauerntruppe, so reichlich verspätet an unserm offiziellen Theaterinstitut seine Erkaufführung erlebt. Höchst sonderbar jedoch ebenfalls, daß man diesen dramatischen Schnurren des oberbairischen Nationaldichters heute überhaupt so selten noch begegnet. Denn sie alle — „Waldfrieden“ und „Die kleinen Verwandten“ — hätten es eigentlich längst verdient, an sämtlichen deutschen Bühnen heimisch zu werden trotz oder vielmehr gerade wegen des lastigen Erdgeruches, der ihnen anhaftet. Aber da liegt womöglich eine Schwierigkeit, sofern man diese rund und prall modellierten Typen nicht aus ihrem Milieu reißt und auf das Niveau von bloßen Poffengrimassen herunterdrücken will, sondern sich ehrlieh bemüht, deren Humor mit Hintergrund und Doppelboden, wie ihn vor allem das mundartliche Idiom, in dem sie sprechen, verbürgt, auch mitschwingen zu lassen und dadurch vielfach erst die wichtigsten und feinsten Pointen herauszuholen. Das ist nun gewiß nicht immer so ohne weiteres zu erreichen und schadet natürlich der Gesamtwirkung um so mehr, wenn dann (wie hier bei einem Einakter-Abend) obendrein noch jeder durch den Dialekt verbindliche und ten Erfolg stark mitleidigende Stimmungsnenner fehlt.

Daß das keineswegs gleichgültig ist, dafür war dieser Ludwig-Thoma-Abend zwar eine mehr positive als negative Befähigung, und obwohl es nicht all den auftretenden Schau-

Zur Arbeitsbeschaffung

Unterredung mit Reichskommissar Gereke

Reichskommissar Dr. Gereke empfing am Donnerstag den Chefredakteur des WTB, um eine Anzahl von Fragen, die in den letzten Tagen im Zusammenhang mit dem Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgetaucht sind, zu beantworten. Die erste Frage bezieht sich auf die Träger der Arbeiten, die im Rahmen dieses Programms in Frage kommen, und auf die Darlehensbedingungen für die Gelder, die zu ihrer Durchführung bereitgestellt werden.

Der Reichskommissar erklärte zunächst zu dem ersten Punkt: In meinem Büro sind, wie Sie sich denken können, seit meiner Rundfunkrede schon viele Anfragen eingegangen. Diese sind natürlich verfrüht und können zunächst nur meinen Büro betriebl. Im Augenblick kann und muß vor allem die Überlegung angestellt werden, welche Arbeiten die Träger des Programms ausführen können, welche Arbeiten unter dieses Programm fallen. Auf Grund dieser Erwägung können erst die Vorarbeiten geleistet werden, die in der Anfertigung von Zeichnungen und Plänen und in der Aufstellung von Kostenschätzungen bestehen, wonach grundsätzliche Beschlüsse der zuständigen Organe der Träger — also der Gemeindevertretung, Stadterordnetenversammlung usw. — herbeigeführt werden müssen. Bis das alles erledigt ist, werde ich die Richtlinien veröffentlicht haben, aus denen sich auch die Anschrift für die Darlehensanträge ergibt. Ich bin natürlich bestrebt, das Verfahren möglichst einfach zu gestalten und nach Festlegung der Grundlagen im großen zur Zeit damit beschäftigt, den einfachsten Weg zu bestimmen.

Was den zweiten Punkt, die Frage nach den Darlehensbedingungen, anbelangt, so ist bekannt, daß das Sofortprogramm zunächst 500 Millionen Reichsmark umfaßt. Für deren Vergütung gilt vor allem, daß keine Kredite an Private gewährt werden. Die Arbeiten vergeben nur die Glieder der öffentlichen Hand aus den Krediten, die ihnen für Aufwendungszwecke gegeben werden. Es entsteht also durch eine solche Auftragserteilung an die private Wirtschaft die Arbeit zu vollem Tariflohn für den Arbeiter und zu gerechtem Preise für den Unternehmer. Ein besonderer Vorteil für die Wirtschaft besteht in der Barzahlung, und wo irgend möglich und nötig, auch in der Leistung entsprechender Anzahlungen, wie das früher bei solchen Arbeiten üblich war.

Auf eine Frage nach den besonderen Bedingungen oder Beschränkungen weist der Reichskommissar darauf hin, daß im Zuge dieser Arbeiten Überschreitungen des Vorauszahlungsbetrags vom Unternehmer selbst getragen werden müssen, also Nachbeteiligungen auf keinen Fall gewährt werden. Soweit — vorbehaltlich von Beschlüssen, die die Rechtslage ändern könnten — noch Steuerzuschüsse für Einstellungen gegeben werden, können diese Steuerzuschüsse an der Unternehmererschuldung abgezogen werden. Gelder dürfen nur für die Arbeiten verwendet werden, für die sie gegeben sind, nicht etwa für sonstige Zwecke; darüber wird genaue Kontrolle geführt, sowohl bei dem Träger der Arbeit wie bei dem Unternehmer. Zahlungen werden voraussetzlich von den Finanzstellen durchgeführt. Ein Eingriff in die Auszahlungssummen, etwa durch die Finanzämter, ist nicht zulässig, sie können also nicht etwa gegen Steuergebühren aufgerechnet werden. Ebenso wird ein Schuld gegen die private Zwangsvollstreckung gewährt, die ja unter Umständen den arbeitsschaffenden Zweck der Geldhergabe illusorisch machen könnte. Das wird z. B. so erreicht, daß etwaige Anzahlungen juristisch Eigentum der auftraggebenden Stellen bis zur Abnahme der Arbeit bleiben.

Kurze Nachrichten

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) ist im Durchschnitt des Monats Dezember 1932 um 0,3 Prozent auf 118,4 (gegenüber 118,8 im Vormonat) zurückgegangen. Es haben nachgegeben die Indexziffern für Ernährung um 0,5 Proz. auf 109,0, Bekleidung um 0,7 Proz. auf 112,4, sonstigen Bedarfs um 0,5 Proz. auf 163,2. Die Indexziffer für Heizung und Beleuchtung mit 136,6 nahezu unverändert geblieben.

Die erste Wahl im neuen Jahre wird die Landtagswahl in Lippe-Deimold sein, die am 15. Januar stattfindet. Für diese Wahl sind insgesamt neun Wahlvorschläge eingereicht worden, die folgendermaßen lauten: Sozialdemokratische Partei, Deutsche Volkspartei, Deutschnationale Volkspartei, Landvolkpartei, Kommunistische Partei, Staatspartei, Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, Katholische Volksvertretung und Evangelischer Volksdienst Lippe.

Personalveränderungen in der preussischen Schulverwaltung. Der Amtl. Preuss. Pressebericht teilt mit: Nach der Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 30. September 1932 gehen mit dem 1. April 1933 die Aufgaben der Provinzialschulkollegien auf die Oberpräsidenten über. Durch diese Behördenumbildung hören mit dem 31. März 1933 die Ämter der Vizepräsidenten der Provinzialschulkollegien und der Direktoren bei den Provinzialschulkollegien auf.

Die drei Stücke in die neue Anspielung, die sie vorab sprachlich benötigten, um und somit ganz im unverfälschten Geist ihres Autors vorzusagen, so lieferte wenigstens Fritz Herz mit der Schlagkraft und Unerfahrenheit seiner erprobten echt bayrischen vis comica soviel Kabinettstücke wie am laufenden Band, daß das Publikum unaufrichtig lachte. Zum Glück war aber auch insbesondere seine Kraft stark genug, um die sofor. mit der Darstellung des Kaber Schamberl in „Waldfrieden“ erreichte Höhe des Abends zu halten und noch wesentlich bis zur Simplizitätsfigur des Abgeordneten Pilser zu steigern, einer Meisterleistung, die dem Publikum nicht bloß ein Zaubergelächel von wohlwollender Komik einbrachte, sondern unter Verzicht auf allzu billige Wirkungen von der Rolle des Lächerlichen fast wegließ und dadurch erst ungenügendem Beifall erzog. Trotzdem hätte von der Konversation der Anwesen der „Ersten Klasse“, denen nach Paul Hiert als Gastmaiter einige kräftige Wahrheiten unter die Nase rieb, der Regisseur Ulrich von der Trend ruhig eine Viertelstunde wegstreichen können, um den frühlichen Interton nicht gar zu sehr ins Breit- und Dreiflüßige zu zerbrechen, zumal die Illusion einer Eisenbahnfahrt ohne am Coupéfenster vorbeischießenden Telegraphenstangen und -drähte ja doch schnell vorfliegt. Bei den beiden anderen Werken dagegen, die in Kleinbürgerlichen und beamteten Bezirken spielen, blieb kein Wunsch bezüglich der Dauer etwa offen, höchstens wäre zu raten, einen der beiden Zwischenakte, die infolge des zeitraubenden Bühnenumbaus zu wirklichen Verlegenheitspausen wurden, künftig mit ein bißchen Musik zu füllen. Außer den Erwähnten zählte der Zettel noch ungefähr zwanzig Namen auf, von denen wir hier indessen nur Hermann Brand sowie Karl Mebner notieren wollen, weil auch sie seit inen voll delikatesten Bühnenhumors boten und durch ihre herb zapadende Dialektfärbung den beiden Haupten festeren Wert ließen.

Deutschland und der Korridor

Französische Informationen

WTB. Paris, 31. Dez. (Tel.) Das Korridorproblem wird in Verbindung mit deutschen Rundfunkveranstaltungen und Erörterungen in der deutschen Presse und in der französischen Öffentlichkeit wieder stark beachtet. Man wirft die Frage auf, ob Deutschland beabsichtigt, das Korridor-Problem demnächst aufzurollen.

Der Berliner Berichterstatter des „Journal“ war bemüht, sich darüber in offiziellen Kreisen zu unterrichten. Er meldet jetzt, man habe ihm geantwortet, daß Deutschland keineswegs beabsichtigt, die Initiative zu ergreifen und die Abrüstungskonferenz mit der Korridorfrage zu befragen. Jedoch könnte die Lage sich ändern, wenn die übrigen Mächte in Verbindung mit dem Sicherheitsproblem versuchen sollten, Deutschland einen Post, der die gegenwärtige deutsch-polnische Grenze garantiert, zur Unterzeichnung vorzuschlagen. Deutschland habe niemals den Korridor anerkannt und denke, diesen Standpunkt in nichts zu ändern. Wenn man in Genuß von Deutschland verlangen sollte, den Korridor durch einen Sicherheitspakt zu garantieren, würde es genötigt sein, darauf hinzuweisen, daß man eine derartige Garantie nicht übernehmen könne. Das würde bedeuten, daß die Revision der Frage aufgerollt sei, ohne daß Deutschland hierzu etwas getan habe.

Das südafrikanische und das englische Pfund

Die Hintergründe der südafrikanischen Politik

WTB. London, 31. Dez. (Tel.) „Times“ läßt sich aus Pretoria melden, daß der südafrikanische Finanzminister Havenga einen erbitterten Kampf gegen die Vertreibung der Unionswährung mit dem englischen Pfund führe, was die irreführenden offiziellen Ankündigungen im Laufe der Woche erkläre. Drei Stadien habe die Währungspolitik des Landes in diesen acht Tagen durchlaufen.

Querst besah Südafrika eine Goldwährung, dann wurde die Devisen praktisch vom Goldstandard losgelöst und schließlich auch tatsächlich und effektiv von der Goldbasis getrennt. Wenn nun die Verbindung mit dem englischen Pfund erzwungen werde, so soll, wie man glaube, Havenga wahrscheinlich zurücktreten. Von Tielman Roos glaube man, er sei in Genuß, sich zwischen zwei Stühlen zu setzen. Man halte General Smuts für den stärksten Mann im Lande, und er begünstige die Vertreibung der südafrikanischen Devisen mit der des Mutterlandes.

WTB. London, 31. Dez. (Tel.) Nach Bekanntwerden der endgültigen Lösung der südafrikanischen Währung vom Goldstandard, nahmen die südafrikanischen Banken in London die Rennung von Kurzen wieder auf. In gut unterrichteten Kreisen glaubt man, daß sich ein Kurs um 90 herum schließlich als das richtige Niveau herausstellen dürfte. Diese Ansicht steht in gewissem Widerspruch zu den jüngsten Nachrichten aus Südafrika, wo man dem Korrespondenten der „Financial Times“ zufolge, zurechtlich damit rednet, daß die Parität mit der englischen Währung bald erreicht werden wird, ja man hält sogar ein leichtes Aufgeld auf englische Pfunde für durchaus möglich. Das englische Pfund zeigte gestern schwache Veranlagung, was teils auf Jahresresultatmoderationen, teils auf gesteigerte Nachfrage für Dollars, vor allem für Rechnung von Petroleuminteressen, zurückgeführt wird.

China und Japan

Japan droht mit Maßnahmen in Nordchina

WTB. London, 31. Dez. (Tel.) Reuter meldet aus Tokio: Man erwartet, daß das japanische Kriegsministerium eine Erklärung erlassen wird, durch die der chinesische Marschall Tchangsheliang gemamt wird, seine Tätigkeiten in der Provinz Jehol fortzusetzen. Bekanntlich hat der Marschall vor kurzem seine Truppen dort konzentriert. Die Erklärung wird darauf aufmerksam machen, daß die japanische Armee Maßnahmen zu ergreifen, Tchangsheliang wird auch vorbeugend darauf aufmerksam gemacht werden, er möge sich vor der Gefahr hüten, seine militärischen Operationen bis Nordchina auszubreiten, da man ihn für die Folgen verantwortlich machen möchte, wenn Japan zum Eingreifen gezwungen wäre.

Erdbeben in Südafrika

WTB. Johannesburg, 31. Dez. (Tel.) Ein sehr starkes Erdbeben erschütterte heute einen großen Teil der Südafrikanischen Union. Das Beben dürfte wohl das schwerste sein, das bisher im Lande verspürt wurde. Der Hauptstoß dauerte rund 100 Sekunden. Das Epizentrum des Bebens dürfte etwa 500 Kilometer von Johannesburg entfernt sein. Bisher ist noch nicht bekannt geworden, ob das Beben Todesopfer gefordert hat. Sachschaden ist bereits gemeldet worden. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine große Panik.

Kleine Chronik

Der Leiter der Bezirksdirektion Köln der Deutschen Reichspostkassens-GmbH, Wenz, und sein Stellvertreter, Kind, sind unter dem Verdacht der Unterschlagung oder Veruntreuung verhaftet worden. Der durch die Veruntreuung entstandene Fehlbetrag soll sich auf 160—170 000 RM. belaufen. — Es handelt sich um eine Privatgesellschaft, die betrieblich mit der Reichspost nicht im Zusammenhang steht.

Der „fliegende Hamburger“ hat am Freitag die Strecke von Hamburg nach Berlin in genau 2 Stunden 30 Minuten zurückgelegt. Die Höchstgeschwindigkeit betrug 165 Kilometer.

Der Beginn des Strafprozesses gegen die Brüder Lahusen in Bremen ist auf den 14. Februar festgesetzt worden.

Zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten kam es in der Nacht zum Samstag im Norden Berlins zu einer schweren Schlägerei. Ein NSDAP-Mann wurde erheblich verletzt.

Das Brüderpaar Erich und Franz Söh, die bekannten Berliner Einbrecher, die beschuldigt waren, im Januar 1929 in der Filiale der damaligen Disconto-Gesellschaft am Wittenbergplatz einen Kesseneinbruch ausgeführt zu haben, wurden in der Nacht zum Freitag wieder bei einem Einbruchversuch verhaftet.

Drei Einbrecher versuchten heute in den ersten Morgenstunden in eine im Norden Berlins gelegene Filiale der Dresdner Bank einzudringen. Sie wurden von dem Revolver überfallen, als sie ein Loch durch den Fußboden einer über den Filialräumen gelegenen leerstehenden Wohnung klemmen wollten. Nach wilder Verfolgung wurden sie festgenommen. Sie sind vielfach verurteilt.

Die drei Kinder eines Landwirts aus Mistolz (Oberungarn) zündeten in Abwesenheit der Eltern die Christbaumtützen an. Der Baum fing Feuer, das rasch um sich griff. Zwei Kinder im Alter von 4 und 2 Jahren fanden in den Flammen den Tod. Der Zustand des dritten Kindes, im Alter von 6 Jahren, ist hoffnungslos.

Verwendung von Reizgas bei der Polizei

Von Polizeihauptmann Knobelspich, Karlsruhe.

Zuerst hat, soweit bekannt, die Polizei in Nordamerika zur Bekämpfung und Festnahme von Verbrechern und auch zur Auflösung verbotener Versammlungen und Demonstrationen Reizgas zur Anwendung gebracht. Bei uns in Europa folgten sehr bald die Schweiz, Norwegen und Polen. Heute sind fast alle europäischen Polizeien mit Reizgas ausgerüstet.

In Deutschland wurde Reizgas für die Polizei erstmals im Jahre 1930 in Preußen versuchsweise eingeführt, um Verbrecher, die sich in Räumen verbarrikadiert hatten, zur Übergabe zu veranlassen, ohne daß ein schwerer Feuerkampf (Fall der Gebrüder Heidger, Köln) nötig wurde. Die ersten Versuche sind heute weit überholt und die Methoden wesentlich verbessert worden.

Wegen uns zunächst die Frage vor, ob nicht die bisherigen Waffen zur Erfüllung der polizeilichen Aufgaben ausreichen. Bekanntlich darf die Waffe von der Polizei nur dann gebraucht werden, wenn andere Mittel nicht ausreichen. Auch darf dann im Waffengebrauch nur soweit gegangen werden, als der augenblickliche Zweck es erfordert. Der Widerstand des Rechtsbrechers soll gebrochen werden; Aufgabe der Polizei ist nicht Vollziehung des Urteils, sondern Ermöglichung der Aburteilung. Also werden wir die Schutzwaffe vermeiden, solange es möglich ist. Daß der Gebrauch der Schutzwaffe immer Opfer fordern kann, wissen wir. Ein schonender Gebrauch der Schutzwaffe ist leicht verlangt, läßt sich aber oft schwer durchführen; jenenannte Schreckschüsse dürften wohl auch gegenüber dem verbarrikadierten und zum Widerstand mit der Waffe entschlossenen Verbrecher wenig angebracht und kaum wirksam sein.

Wie ist die Sachlage nun bei größeren Störungen der öffentlichen Ordnung? Gewiß, wenn Aufrührer mit Schutzwaffen uns entgegenzutreten, werden wir genau dasselbe tun. Hier ist feinerlei Rücksicht am Platze. Gegen eine gewalttätige Menge, die unbewaffnet Widerstand leistet, wird regelmäßig der Gummiknüppel zur Anwendung kommen. Er ist zweifellos eine humanere Waffe als die Pistole oder das Seitengewehr. Er wird vielfach unentbehrlich sein, wenn Worte nicht genügen, Bruchialgewalt (der Polizeigriff) nicht ausreicht oder einzelne Beamte sich einer größeren Widerstand leistenden Menge gegenübersehen. Doch auch der Gummiknüppel kann ungewollt Verletzungen, insbesondere auch Unbeiligt, hervorrufen. Sollten wir uns aber deshalb nicht nach einer noch wirksameren und keine dauernde Schädigung hervorrufoenden Waffe in solchen Fällen umsehen dürfen? In Preußen beispielsweise hat man versucht, gegen verbotene Ansammlungen im Freien mit Wasser vorzugehen. Der Erfolg war regelmäßig der, daß die Menge nur soweit zurückging, als der Wasserstrahl gerade reichte. Es wurde ein Wasserwerferwagen konstruiert, der das Wasser mit sich führte und folgen konnte. Aber die Kosten waren verhältnismäßig hoch und der Druck des Wasserwerfers war geeignet, auch schwerere Verletzungen hervorzurufen.

Immer und immer wieder tauchte deshalb in Fachkreisen die Forderung auf, auch bei uns in Deutschland wie bei den ausländischen Polizeien Reizgas einzuführen, da es zweifellos als die viel humanere Polizeiwaffe für viele Zwecke angesehen werden muß. Denn es ist den Rechtsbrechern im Augenblick, insbesondere durch starken Tränenreiz außer Gefecht und ruft doch keine dauernden Schädigungen der Gesundheit vor. Das Augenreizgas ist unerträglich in des Wortes wahrster Bedeutung.

Den Vorgang in Preußen habe ich bereits erwähnt. Mit der Zeit ist auch dort die Methode und die Technik des Reizgases verbessert und verbessert worden. In Baden sind inzwischen alle Polizeidienststellen mit Reizgasgerät ausgerüstet worden, sowohl zur Überwindung von verbarrikadierten Einzelverbrechern wie zur Zerstreung von verbotenen Demonstrationen. Wir wollen aber das Reizgas nur in dazu besonders geeigneten Fällen zur Anwendung bringen. Was bringt, was keine Pistolenkugel vermag, in jeden Winkel eines Versteckes, und macht schäufigere Deckungen unwirksam. Deshalb auch die scherzhafte Behauptung, mit Gas könne man um die Ecke sehen. Bei größeren Demonstrationen können ein paar Beamte, die sonst machtlos einer erregten gewalttätigen Menge gegenüberliegen, nach den gemachten Erfahrungen mit Reizgas der Lage leicht Herr werden. Die Anwendung des Reizgases wird bei Aufforderung, auseinanderzugehen, besonders angebracht. Richtig ist die Drohung mit Gas bereits die Zerstreung der Demonstranten bewirkt.

Maßnahmen für den Hausbesitz

Kredite für Teilung von Wohnungen

Die Reichszuschüsse für Instandsetzungsarbeiten an Wohngebäuden betragen ein Fünftel der Kosten, für die Teilung von Wohnungen die Hälfte. Um den einzelnen Hausbesitzer die Aufbringung des eigenen Anteils an den Kosten zu erleichtern, hat die Reichsregierung besondere Maßnahmen getroffen.

Die Deutsche Bau- & Bodenbank, Berlin, hat sich bereit erklärt, Kredit auf der Grundlage der dem Hausbesitzer zustehenden Steuerzuschüsse für die Grundsteuer zu geben, soweit die Steuerzuschüsse am 1. April 1934 und am 1. April 1935 fällig werden. Der besondere Vorteil für den Hausbesitzer liegt darin, daß auch der Anspruch auf zukünftige Steuerzuschüsse als Grundlage für eine Kreditgewährung anerkannt wird; die Abtretung des Anspruchs auf solche Steuerzuschüsse soll als Sicherheit genügen.

Zur Durchführung der Kreditation hat der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen die Reichsbürgschaft übernommen. Der Kredit wird dem Hausbesitzer unmittelbar durch geeignete örtliche Kreditinstitute gegeben werden, die insoweit mit der Bau- & Bodenbank zusammenarbeiten. Daneben ist die bereits vor einigen Monaten eingeleitete Kreditbeschaffung auf der Grundlage von Instandsetzungswechseln dadurch weiter gefördert, daß der Reichsarbeitsminister im Einvernehmen mit dem Reichsminister der Finanzen Anträge von größeren Kreditinstituten auf Übernahme der Reichsbürgschaft entprochen hat.

Auslieferungsverfahren im Falle Deutsch beantragt. Der Antrag der sächsischen Regierung auf Einleitung eines Auslieferungsbegehrens wegen der drei, soweit bekannt, nach Italien geflüchteten SA-Leute, die unter dem Verdacht stehen, in SA-Mann Deutsch ermordet zu haben, ist an die zuständigen Reichsbehörden abgehandelt worden. Die Linksparteien in sächsischen Landtag haben bereits Anträge eingebracht, die sich mit der feierlichen Behandlung des Falles Deutsch durch die Dresdener Kriminalpolizei befassen, und vor allem auch fordern, daß die intellektuellen Urheber der Tat zur Verantwortung gezogen werden.

Verordnung über Mineralölsteuer. Im Reichsanzeiger erscheint eine Verordnung des Reichsfinanz- und des Reichswirtschaftsministers, die die Ausgleichsteuer auf Mineralöl (Mineralölsteuer) für die Zeit vom 1. Jan. 1933 an bis auf weiteres auf 3,80 RM. für den Doppelzentner festsetzt.

Badischer Teil

Verbilligung von Lebensmitteln und Brennstoffen für die hilfsbedürftige Bevölkerung

Von der Pressestelle beim Staatsministerium wird mitgeteilt: Nach Einführung des neuen Fleischenergesetzes hat das Badische Staatsministerium einen Betrag von 80.000 RM. zur Verfügung gestellt. Aus diesem Betrag wird zu dem vom Reich gewährten Zuschuß zur Verbilligung von Fleisch von 80 Pf. pro Pfund an in Baden wohnende Bezugsberechtigte ein weiterer Zuschuß von je 10 Pf. für die ersten beiden Abschnitte 1 und 2 des rosa Reichsverbilligungsscheins gegeben. Diese beiden Abschnitte sind, wenn sie den Stempel der Ausgabebehörde (Bezirksamt, Verbandsfreie Stadt oder Arbeitsamt) tragen, von den badischen Fleischverkaufsstellen zum Wert von 80 + 10 = 90 Pf. in Zahlung zu nehmen. In Baden ansässige Fleischverkaufsstellen erhalten innerhalb der festgesetzten Fristen (Auskunft erteilen die Bezirksämter) für diese beiden rosa Abschnitte 1 und 2 je 40 Pf. in der bisher üblichen Weise erteilt.

Da sich die badische Verbilligung im Gegensatz zur neuen Reichsverbilligung nur auf Fleisch erstreckt, und da auf Grund der übrigen Abschnitte 3 und 4 des rosa Reichsverbilligungsscheins an Stelle von Fleisch und diesem gleichwertigen Waren (Wurst, Schweinefleisch) auch wahlweise Seefische oder Roggenbrot verbilligt bezogen werden können, muß die Verbilligung aus Landesmitteln auf die Abschnitte 1 und 2 des rosa Reichsverbilligungsscheins beschränkt bleiben.

Auf Grund des weißen Reichsverbilligungsscheins (Zuschüsse für Kinderreife) kann eine weitere zusätzliche Verbilligung aus Landesmitteln nicht gewährt werden, da auf Grund dieser Scheine wahlweise an Stelle von Fleisch auch Milch verbilligt bezogen werden kann.

Sür Vollendung der Freiburger Klinikbauten

In den dicht gefüllten Sälen des Rath. Vereinshauses in Freiburg i. Br. fand am Donnerstagabend eine öffentliche Kundgebung zur Frage der Arbeitsbeschaffung durch Vollendung der Freiburger Klinikbauten statt. Unter den Anwesenden bemerkte man u. a. den Landeskommissar Dr. Schwärzler, die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden, den Rektor der Freiburger Universität sowie Reichsminister a. D. Dr. Witt. In seiner Begrüßungsansprache betonte Landeskommissarpräsident Ambs die Notwendigkeit der Fortsetzung der Klinikbauten.

Als Berichterstatter über den Stand der Klinikbauten gab Oberbürgermeister Dr. Bender zunächst einen Überblick über die bisherigen Leistungen der Stadt Freiburg auf baulichem Gebiet, wobei er hervorhob, daß in den Jahren 1928 bis 1931 dem öffentlichen Baugewerbe in Freiburg allein aus öffentlichen Mitteln zirka 16 Millionen Reichsmark zugeflossen seien. Für den Klinikbau seien bis jetzt zirka 15 Mill. Reichsmark aufgewendet worden. Im laufenden Jahre sei jedoch die öffentliche Unterstützung der Bauarbeiten erheblich zurückgegangen und nahezu zum Erliegen gekommen. Mit dem Umbau des Schlachthofes, den Schulhausverweiterungsarbeiten in Beihenau und Haslach und dem Gaswerkneubau, die in Angriff genommen wurden, könne der Arbeitslosigkeit jedoch nicht so gesteuert werden, wie durch die Vollendung der Klinikbauten. Dr. Bender betonte weiter, der Stadtrat habe verschiedene Eingaben an das Kultus- und Finanzministerium in der Klinikbaufrage gerichtet und die Stadt habe sich bereit erklärt, zwei Fünftel der Baukosten zu tragen, doch seien diese Bemühungen bisher erfolglos gewesen. Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung gehe schon daraus hervor, daß im Jahre 1932 etwa 6,5 Mill. Reichsmark an öffentlichen Unterstützungen für insgesamt 5427 Hauptunterstützungsempfänger ausgegeben wurden. Der Oberbürgermeister ging dann noch einmal auf die Vorgeschichte der Klinikbauten ein und erklärte dann weiter, mit der Inbetriebnahme des Neubaus der Chirurgischen Klinik am 14. Dezember 1932 sei der erste Teil des Klinikbaues im wesentlichen abgeschlossen gewesen. Doch sei eine Vollendung der Klinikbauten sowohl im Interesse der Wirtschaft als auch in Anbetracht der hygienischen Zustände in den alten Bauten der Frauen-, Hals-, Nasen- und Ohrenklinik dringend erforderlich, ganz abgesehen davon, daß die weiteren Bauten etwa 1200 Menschen für 2-3 Jahre Arbeit geben würden.

Die ausführlichen Darlegungen des Oberbürgermeisters wurden mit großem Beifall aufgenommen. Handwerkskammerpräsident Ambs verlas sodann eine an die badische Regierung gerichtete Entschließung, in der an Regierung und Landtag die Bitte gerichtet wird, die Vollendung der Klinikbauten zu ermöglichen und nachdrücklich bei der Reichsregierung dafür einzutreten, daß in dem Arbeitsbeschaffungsprogramm auch Mittel hierfür bereitgestellt werden. Ferner wurde in der einstimmig angenommenen Entschließung nochmals die Bereitschaft der Stadtverwaltung zur Ertragung von zwei Fünfteln der Kosten besonders hervorgehoben.

Um die Aufhebung badischer Finanzämter

Wie wir erfahren, ist in Bezug auf die Aufhebung badischer Finanzämter eine Entscheidung des Reichsfinanzministers in dem Sinne zu erwarten, daß die drei Finanzämter Durlach, Achern und Hornberg von der Aufhebung nicht betroffen werden. Eine weitere Entscheidung des Reichsfinanzministers ist noch nicht veröffentlicht worden.

Getränksteuer in Wiesloch. Mit Wirkung vom 1. Januar 1933 wird in Wiesloch nach Genehmigung durch das Bezirksamt eine Getränkesteuer in Höhe von 10 Prozent des Kleinhandelspreises erhoben.

Badenweiler plant die Anlage eines Golfplatzes. Das bisher immer an der Kostenfrage gescheiterte Projekt eines Golfplatzes in Badenweiler wurde wieder aufgegriffen und der Vorschlag gemacht, die Anlage mit Hilfe des freiwilligen Arbeitsdienstes zu errichten. Der Stadtrat hat seine grundsätzliche Zustimmung gegeben. Das Golfplatzgelände ist im Gewann Brühl, links und rechts des Vogelbaches auf Gemarkung Oberweiler gedacht und liegt landschaftlich außerordentlich reizvoll. Mit den Bestreben der erforderlichen, etwa 15 Hektar großen Fläche Wiesengelände, soll wegen nachweiser Überlastung verhandelt werden. Am die Anlage im Frühjahr 1934 eröffnen und für den Golfplatz frei geben zu können, müßte schon jetzt mit den Erdbelegungsarbeiten begonnen werden und im Frühjahr 1933 die Einfaat des Grassamens erfolgen.

Aus der Landeshauptstadt

25 Jahre Schriftleiter. Mit Jahresbeginn kann der, insbesondere in Sportkreisen bekannte Schriftleiter Richard Volbderauer („Badische Presse“) auf eine 25jährige Tätigkeit im Dienste der Presse zurückblicken. Am 1. Januar 1907 trat Volbderauer in die Redaktion der „Badischen Presse“ in Karlsruhe ein. Im Weltkrieg hat Herr Volbderauer an den Kämpfen des ersten badischen Leibgrenadierregiments 109 teilgenommen und ging später zur Fliegerwaffe. Nach längerer Volontärzeit wurde ihm der Posten eines verantwortlichen Redakteurs für den lokalen Teil übertragen. Zugleich fiel ihm die Aufgabe zu, den im Aufblühen begriffenen Sport durch die Presse zu fördern. Für diese Aufgabe setzte er mit Erfolg seine ganze Kraft ein. War er doch selbst ein eifriger Sportsmann, der bei Wettschwimmen an verschiedenen Orten in- und außerhalb des Landes den Farben seines Vereins zu ehrenvollen Siegen und dem Karlsruher Schwimmverein zu seinem geachteten Namen verholfen hatte, dem er nunmehr 25 Jahre angehört. Auch heute noch ist Volbderauer ein aktiver Sportsmann und betätigt sich vor allem im Eisklauf und Fußballspiel in der Pressemannschaft, als deren linker Verteidiger er einen gewichtigen Posten einnimmt. Richard Volbderauers vielseitige Tätigkeit an seinem Blatt zeugt immer wieder von einer meisterlichen Feder, die jedem aktuellen Thema gewachsen ist. Weit über Süddeutschlands Grenzen hinaus wird man sich über seinen Ehrenrang freuen. — Auch unfererorts herrliche Glückwünsche!

Badische Lichtspiele — Konzerthaus. Hell erstrahlt der Innenraum des Konzerthauses im schönsten Lichterglanz. Um die Besucher auf die Weihnachtzeit hinzuweisen, gleicht der ganze Raum einer riesigen Tannenwaldung. Aber auch das Programm ist dazu angetan, eine recht freundliche Stimmung aufkommen zu lassen, denn einer der schönsten Filme der Neuzeit bietet sich dar: „Die Tänzerin von Sanssouci“. Dieses Filmwerk, das einen historischen Hintergrund hat, behandelt die Verurteilung der schönen, anmutigen Tänzerin Barberina Campanini an den Hof Friedrich des Großen. Was hier Regie und Technik an bunten und bewegten Bildern zusammengetragen haben, ist geradezu hervorragend. Kein Wunder, daß selbst Amerika der deutschen Filmtechnik immer wieder Bewunderung zollt. Mit allen möglichen Mitteln ist hier ein Kunstwerk entstanden, dessen Reiz noch erhöht wird durch die Mitwirkung einer unserer gefeiertsten Filmkünstlerinnen, der hübschen Lil Dagover als „Barberina“ und durch Otto Gebühr als „Friedrich der Große“. Der Künstler hat in den letzten Jahren in mehreren Filmen die Gestalt „Friedrich des Großen“ mit Erfolg verkörpert. Aber kein Film dürfte ihm so fein gelungen sein, als gerade dieser. Die Musik trägt dazu bei, das ganze Spiel zu beleben. Würdig reißt sich dieses Programm in die Festspielwoche der Lichtspiele. — Während der Weihnachtstage gab es nach altem Brauch für unsere Kleinen eine besondere Überraschung durch Auf-führung von schönen Märchenfilmen.

Tödlicher Unfall. Gestern abend kurz vor 10 Uhr wurde ein bis jetzt noch unbekannter Mann Ecke Rudolfstraße und Durlacher Allee von einem Straßenbahnzug überfahren und so schwer verletzt, daß er kurz nach seiner Entlieferung ins Krankenhaus starb. Nach Zeugenaussagen war der Mann aus der Rudolfstraße gekommen und wollte die Durlacher Allee über-schreiten; auf den Straßenbahngleisen ist er wahrscheinlich plötzlich ausgeglitten und auf die Gleise gefallen. Der Führer eines gleichzeitig vom Schlachthof herkommenden Straßenbahn-zuges sah das Hindernis auf den Schienen offenbar zu spät und konnte trotz aller Bemühungen die Straßenbahn nicht mehr zum Stehen bringen.

Badisches Landestheater. Die erste Januarwoche bringt an Wiederholungen am Montag, dem 2., das Feinstück „Die endlose Straße“; am Dienstag, dem 3., die Ludwig-Thoma-Ein-akter „Waldfrieden“, „Die kleinen Verwandten“ und „Erster Klasse“, deren Erstaufführung einen stürmischen Heiterkeits-erfolg davontrug; am Mittwoch, dem 4., Donizettis Oper „Die Regimentstochter“. Am Donnerstag, dem 5., geht Grill-parzers Drama „Des Meeres und der Liebe Wellen“, von Intendanten Dr. Waag neu inszeniert, nach 10jähriger Pause zum erstenmal in Szene. Am Freitag, dem 6., findet — nach einer Wiederholung des Weihnachtsmärchens „Stüb-chen und die Welt“ als Nachmittagsvorstellung — eine Ballett-Aufführung mit „Carleins Millionen“, dazu der „Rustnacker-Suite“ und „Gioconda“ statt. — Ganz besonderes Interesse darf das Gastspiel des Berliner „Curt-Göh-Ensemble“ am Samstag, dem 7. Januar, beanspruchen, das nach der in Stuttgart vorangegangenen Uraufführung das neue Lustspiel von Curt Göh: „Dr. med. Glob Prätorius, Facharzt für Chirurgie und Frauenleiden“ zur hiesigen Erstaufführung bringen wird. — Am Sonntag, dem 8. Januar, kommen nachmittags als 8. Vorstellung für auswärtige Bläser die Operette „Eine Nacht in Venedig“ von Johann Strauß und abends Hans Pfitzners Oper „Der arme Heinrich“ neu ein-studiert zur Aufführung. Im Konzerthaus geht die mit stärk-stem Beifall ausgezeichnete Operette „Glückliche Reise“ zum drittenmal in Szene. — Die nächste Schauspiel-Erstaufführung findet am Samstag, dem 14. Januar, mit dem Lustspiel „Freie Bahn dem Tüchtigen“ von August Strindberg. Ferner befindet sich für den 21. Januar, die Operette „Das Schwarzwald-mädel“ in Vorbereitung.

Kolosseum. — Erstklassige Ringkampfbouturen, Ab Sonnt-ag, den 1. Januar (Neujahrstag). Die diesjährigen Ring-kämpfe, die als Auscheidungskämpfe für die Weltmeisterschaft 1933 bewertet werden, überrufen alle bisher dagewesenen — selbst die hervorragenden Kämpfe im vergangenen Jahre — um vieles. Diese Vorführungen unterstehen dem Internationalen Ringerverband. Auch dieses Jahr ist es gelungen, den her-vorragenden und überall beliebten Sportsmann Wegbold aus Saarbrücken als Kampfrichter zu gewinnen. Gerade ihm ver-danken wir, daß die Startliste, die noch nicht ganz abgeschlossen ist, Ringnamen von Welttrug trägt. Da aber diese großen Kanonen nach Karlsruhe zu verpflichten mit sehr viel Unkosten verbunden ist, ist zu wünschen, daß dieses Sportereignis auch dieses Jahr einen vollen Erfolg buchen darf. Die Direktion gibt, dem Wunsch des Publikums entsprechend, auch dieses Jahr (trotz der ermäßigten Eintrittspreise) wieder Dauer-karten heraus. Diese können jeweils an der Abendkasse oder im Kolosseumbüro selbst (Telephon 5599) bestellt werden. (Siehe Inserat.)

Wetterbericht der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom Samstagmorgen: Eine große atlantische Zyklone ist auf einer ziemlich weit im Süden gelegenen Bahn herangezogen und führt deshalb sehr milde Luftmassen heran. Sie hat heute früh die europäische Westküste erreicht und stellt für Südwest-deutschland bei aufstreichenden Südwestwinden nunmehr stärkere Niederschläge in Aussicht. Die Niederschläge werden auch im Gebirge zum Teil als Regen fallen und erst später wieder in Schnee übergehen, da die anrückende Warmluft schon heute in der Höhe Erwärmung auf Temperaturen über Null ge-bracht hat. — Voraussage: Übergang zu mildem Wetter, aufstreichende Winde, zeitweise Niederschläge, auch in höheren Lagen vorübergehend als Regen bei Temperaturen über Null.

Gemeindeverwaltung

Der Bürgerausschuss Weinheim stimmte der Vorlage über ein Baudarlehen des Landes Baden in Höhe von 39.000 RM. zu und genehmigte den Verkauf von zwei Grundstücken an der Fichtelstraße. Gegen die Stimmen der Kommunisten wurde der Verkauf eines Teiles des Holzwerkes und der Halle 3 für 16.000 RM. sowie dem Verkauf eines größeren Geländes mit Gebäuden aus dem Besitz der früheren Maschinenfabrik Badenia gutgeheißen. Die Vorlagen hierüber waren dem Bürgerausschuss vertauslich zugegangen.

Moderne Wasserleitung in Neuenburg. Die teilweise nur provisorisch verlegten Wasserleitungen sollen jetzt durch eine den modernen Anforderungen entsprechende Leitung ersetzt werden. Die Arbeiten, die einer größeren Anzahl Erwerbsloser wieder Verdienstmöglichkeit bieten, werden sofort nach Neujahr in Angriff genommen werden, und werden von einheimischen Bau- und Installationsfirmen ausgeführt.

Die Bürgersteuer Neuenburg wird für 1933 in 2 1/2-facher Höhe erhoben werden.

Aus der Gemeindeverwaltung Zell i. B. Der Vertreter der Sozialistischen Partei im Gemeinderat, Alfred Eschenlin, hat sein Amt als Gemeinderat niedergelegt. Der Rücktritt wird auf Meinungsverschiedenheiten mit der Partei und im Gemeinderat zurückgeführt. Er dürfte auch mit der bevorstehenden Wahl eines neuen Bürgermeisters für Zell i. B. im Zusammenhang stehen. — Ratsschreiber Klinger, der dem Zentrum nahe steht, hat wegen der Vorwürfe in der Freiburger nationalsozialistischen Zeitung „Der Alemanne“, die in der Angelegenheit des bisherigen Zeller Bürgermeisters Walz gegen Klinger erhoben worden sind, ein Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragt.

Die Finanzlage der Stadt Konstanz. Gegenüber dem Rechnungsergebnis der Stadt Konstanz für das erste Budgetjahr 1932 sind jetzt am Ende des laufenden Jahres nur geringfügige Änderungen zu verzeichnen, so daß sich der Voranschlag auch am Ende des Budgetjahres 1932/33 wahrscheinlich ausgleichen wird. Die Veränderungen im Voranschlag bilden 14.000 RM. Wenigerüberweisung an Reichsüberweisungssteuern und 20.000 RM. Defizit bei den Verkehrsbetrieben. Der Fürsorgetat ist gesichert, da durch Notverordnung bis zum 1. April keine Krisenfürsorgeempfänger in die Wohlfahrtsunterstützung kommen und das Reich auch größere Zuschüsse leistet. Auch im Zinsendienst kann die Stadt ihren Verpflichtungen nachkommen.

Kurze Nachrichten aus Baden

St. Adelsheim, 30. Dez. Nach den neuesten Ermittlungen vermutet man bei dem Einbocksheimer Großfeuer Brandstiftung, zumal es zugleich an verschiedenen Stellen gebrannt hat. Die Untersuchung geht weiter.

St. Neukirchhofheim, 29. Dez. 75 Weinbergbesitzer von hier und auswärts erhielten wegen des Anbaus der verbotenen Hybridreben je einen Strafbefehl in Höhe von 20 M. Dagegen wurde von Seiten der Weinbergbesitzer Einspruch erhoben.

St. Bruchsal, 30. Dez. In Landshausen fand gestern die Beisetzung des im Alter von 80 Jahren verstorbenen Ehrenbürgers Karl Wolf statt. Wie seine sieben Geschwister wanderte er in jungen Jahren nach Amerika aus, wo er sich als Koch ein Vermögen erwarb. Er kehrte dann in seine Heimat zurück, wo er viele Wohlthaten erwies. Die ganze Gemeinde nahm am Beichenbegängnis teil.

Wittenschwand (bei St. Blasien), 20. Dez. Die Wiederaufnahme des Nidelbergbaus auf dem Dachberg bringt den armen Gemeinden dieser Gegend wieder Aussicht auf einträglicheren Verdienst. Die „Gewerkschaft Deutsche Nidelgesellschaft Nöln Gruben- und Hüttenbetrieb“ hat sich in einer Reihe von Gemeinden des Dachberg und im Gebiet von Todtmoos das Schürfen und den Betrieb der Grubenfelder gesichert. Schon in den 70er und 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts wurde auf der Gemarkung Wittenschwand nach Nidelerz gegraben. Im Kriege wurde die Erzgewinnung nochmals aufgegriffen, und zwar mit französischen Kriegsgefangenen. In diesem Sommer wurde nun durch die genannte Gewerkschaft das Nidelbergwerk nach monatelangen Voruntersuchungen in Betrieb genommen. Im Frühjahr sollen etwa 60 bis 80 Mann im Bergwerk beschäftigt werden. Nach Angaben der Gesellschaft haben Schürfungen ergeben, daß das Nidelschmelzwerk in Lagerstätten in den Gemeinden Urberg, Zbach, Wolpadingen und Todtmoos zutage tritt und ein Ausmaß analog den kanadischen Lagerstätten erreicht.

Handel und Wirtschaft

Devisennotierungen der Reichsbank

	31. Dezember		30. Dezember	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	169.18	169.52	169.18	169.52
Kopenhagen 100 Kr.	72.43	72.57	72.58	72.72
Italien . . . 100 L.	21.55	21.59	21.55	21.59
London . . . 1 Pfd.	13.98	14.02	14.00	14.04
New York . . . 1 D.	4.209	4.217	4.209	4.217
Paris . . . 100 Fr.	16.42	16.46	16.42	16.46
Schweiz . . . 100 Fr.	80.95	81.11	80.96	81.12
Wien 100 Schilling	51.95	52.05	51.95	52.05
Prag . . . 100 Kr.	12.465	12.485	12.465	12.485

Die Einzelhandelsbank Baden AG. im Vergleichsverfahren. Die Einzelhandelsbank Baden AG., Sitz Karlsruhe, mit Zweigstellen in Pforzheim und Heidelberg, hat mit dem 30. Dezember für vorläufig die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens beantragt. — Hierzu wird von der Verwaltung geschrieben: Die Bank hatte seit der Bankkrise 1931 unter der Leitung des Geschäftsführers einer erheblichen Anzahl Kredite auf sich zu laden, doch bestand keine akute Gefahr. Erheblich schwieriger wurde die Lage, als im September 1932 durch Verschleppung eines Vorstandsmitglied gegen die Vorschriften über die Devisenbewirtschaftung — welche die sofortige Entlassung und Verhaftung des Betreffenden zur Folge hatten —, eine schwere Vertrauenskrise seitens der Kundschaft einsetzte. Es wurden mit mehreren Banken Verhandlungen mit dem Ziele aufgenommen, eine Überleitung auf ein anderes Bankinstitut durchzuführen. Gleichzeitig wurde eine reichsweite Unterstützung, jedoch vergeblich, nachgesucht. Die Verwaltung wird ihre Bemühungen um die Erlangung eines Reichszuschusses noch weiter fortsetzen und hofft, daß dadurch Verluste für die Einleger der Bank vermieden werden können. Um die weiteren Maßnahmen in Ruhe durchführen zu können und um die Beherbergung einzelner Kunden zu vermeiden, sah sie sich jedoch gezwungen, für vorläufig die Eröffnung des gerichtlichen Vergleichsverfahrens zu beantragen.

Die Süddeutsche Zucker-AG., Mannheim, verzeichnet für das Geschäftsjahr 1931/32 (31. August) einen erhöhten Betriebsüberschuh von 3,595 (3,428) Millionen Reichsmark. Abschreibungen wurden wegen der stillgelegten Werke auf 1,300 (0,945) Millionen Reichsmark erhöht, so daß ein verfügbarer Überschuh von 4,493 (4,492) Millionen Reichsmark einschließlich Vortrag verbleibt, woraus unverändert 8 Prozent Stammdividende und 7 Prozent Vorzugsdividende zur Verteilung vorgeschlagen werden. Der Nettobetrag von 7,097 (1,898) Millionen Reichsmark soll vorgetragen werden. Das abgelaufene Geschäftsjahr 1931/32 war das erste Jahr, das unter dem Einfluß des internationalen Rohstoffmarktes stand. Dennoch ist keine Besserung der Weltzuckerlage eingetreten. In der deutschen Zuckerrücklage ist die Kontingentierung bis jetzt auch nicht von Erfolg begleitet gewesen. Der Rübenanbau betrug 1931/32 nur noch zwei Drittel des Rübenanbaus von 1930/31. Der Verbrauch sank gegenüber dem Vorjahr um rund 12 1/2 Prozent. Ein Export sei infolge der niedrigen Weltmarktpreise so gut wie unmöglich gewesen. Die in den sieben arbeitenden Fabriken verarbeiteten Rübenmengen sanken auf 51,3 Prozent des Vorjahres. Aber das laufende Geschäftsjahr wird mitgeteilt, daß die verarbeitete Rübenmenge nochmals sich um 15 Prozent erhöht hat. Eine weitere Betriebsstätte mußte stillgelegt werden. In den landwirtschaftlichen Betrieben werde man, wenn sich die Getreidepreise nicht wesentlich bessern, nicht ohne Verlust abschließen.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung.

Die Bezirksärztl. Stelle in Durlach wird mit Wirkung vom 10. Januar 1933 aufgehoben. Von diesem Zeitpunkt an werden die Gemeinden Königsbach, Singen und Wilsfeldingen der Bezirksärztl. Stelle in Pforzheim und die übrigen Gemeinden des Dienstbezirks der Bezirksärztl. Stelle Durlach der Bezirksärztl. Stelle in Karlsruhe zugeteilt.

Karlsruhe, den 30. Dezember 1932.
Der Minister des Innern:
J. B. Weigel.

Erlaß des Präsidenten des Landesarbeitsamts

Schweidensland über die Krisenfürsorge für Arbeitslose.
Vom 30. Dezember 1932.

I.
Ziffer 1, 3 meines Erlasses vom 10. November 1932 (Staatsanzeiger für Württemberg vom 11. November 1932, Karlsruhe Zeitung, Bad. Staatsanzeiger vom 11. November 1932) erhält folgende Fassung:
Vom Bezug der Krisenunterstützung sind allgemein ausgeschlossen:
a) die Angehörigen der Berufsgruppe 1 des systematischen Berufskatalogs für die Arbeitsmarkttätigkeit Abschnitt A „Landwirtschaft, Gärtnerei, Tierzucht“, mit Ausnahme der Berufsart 1 f, Gärtner und Gartenarbeiter,
b) die Angehörigen der Berufsgruppe 22 „Hausliche Dienste“,
c) die Angehörigen der Berufsgruppe 23 „Angelernte Arbeiter“, soweit sie in den nach a) und b) ausgeschlossenen Berufsgruppen, also in den Berufsgruppen „Landwirtschaft und Tierzucht“ oder „Hausliche Dienste“ 26 Wochen in den letzten 52 Wochen ihrer tatsächlichen Arbeitnehmerbeschäftigung tätig waren, (Berufsgruppe 23 A 1 ohne Gärtnerei und 23 A 22),
d) Arbeitslose unter 21 Jahren.

II.
Laufende Unterstützungsfälle der Krisenfürsorge werden durch die Einführung des neuen Berufsverzeichnis nicht berührt. Eine Unterbrechung der Unterstützung in der Zeit vom 1. Dezember 1932 bis 31. Januar 1933 bleibt außer Betracht.

III.
Dieser Erlaß tritt am 1. Januar 1933 in Kraft.
In Vertretung: Burkhart.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Justizministeriums.

Personalveränderungen in der Rechtsanwaltschaft.

Zugelassen als Rechtsanwälte:
Die Gerichtsassessoren Dr. Friedrich Ringer und Dr. Walter von Morenhoffen beim Landgericht Mannheim.
Verstorben:
Rechtsanwalt Julius Wegel in Karlsruhe.

Badisches Landesbheater Karlsruhe

Badisches Landesbheater Karlsruhe
Spielplan vom 2. Januar bis 8. Januar 1933.
Montag, 2. Jan.: * E 12, Th.-Gem. I. S.-Gr. Die entflohene Straße. Frontstück von Graff und Hinke. 20 bis 22.45 (3,90).
Dienstag, 3. Jan.: * C 13, Th.-Gem. 701—800. Wabfriden. Lustspiel von Thoma. Hierauf: Die kleinen Verwandten. Lustspiel von Thoma. Hierauf: Erster Klasse. Bauernschwanz von Thoma. 20 bis nach 22.30 (3,90).
Mittwoch, 4. Jan.: * A 12 (Mittwochnacht). Th.-Gem. II. S.-Gr. Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 20 bis nach 22 (4,50).
Donnerstag, 5. Jan.: * D 14 (Donnerstagnacht). Th.-Gem. 601—700. Neu einstudiert: Des Meeres und der Liebe Wellen. Trauerspiel von Grillparzer. 20 bis gegen 23 (3,90).
Freitag, 6. Jan.: Nachmittags: Stüpfel bummelt durch die Welt. Märchen von Karl Ziemler. 15 bis 17.30 (0,40 bis 2). Abends: * F 14 (Freitagabend). Th.-Gem. 501 bis 600. Uraufführung: Garetins Millionen. Ballett von Drigo. Hierauf: Neu einstudiert: Ruffader Suite. Ballett von Tschakowsky. Hierauf: Zum erstenmal: La Gioconda. Ballett von Ponchielli. 20 bis gegen 22.30 (4,50).
Samstag, 7. Jan.: * A 12 (Mittwochnacht). Th.-Gem. II. S.-Gr. Die Regimentstochter. Komische Oper von Donizetti. 20 bis nach 22 (4,50).
Sonntag, 8. Jan.: Nachmittags: 8. Vorstellung der Sondermiete für Auswärtsige: Eine Nacht in Venedig. Operette von Johann Strauß. 15 bis 17.30 (3,20). Abends: * B 13. Th.-Gem. 401—500. Neu einstudiert: Der arme Heinrich. Musikdrama von Hans Pfitzner. 19.45 bis 22.45 (5,70).
Im Städtischen Konzerthaus:
Sonntag, 8. Jan.: * Glückliche Reise. 19.30 bis 22.15 (2,60).

COLOSSEUM
Heute letzte Vorstellung der großen Attraktionen mit
„Tho Rama“
Ab 1. Januar täglich 8.30 Uhr
Internationale
Ringkämpfe

Inferieren bringt Gewinn!
Hochbauarbeiten für die Herstellung des Reichsbahn-Waisenhorts in Freiburg i. Br. zu vergeben: Innere Verputzarbeiten und Schlofferarbeit für die Eisenkonstruktion der Monierwände in mehreren Lagen. Pläne und Bedingnisheft beim Neubauramt Freiburg i. Br., Wilhelmstr. 48, III., Eingang Sedanstr., täglich von 9—12 Uhr zur Einsicht, daselbst auch Abgabe der Angebotsordrude, solange Vorrat reicht. Einreichung der Angebote mit entsprechender Aufschrift, postfrei bis Donnerstag, den 19. Januar 1933, 16 Uhr, für die inneren Verputzarbeiten, für die Schlofferarbeit bis Donnerstag, den 12. Jan. 1933, 16 Uhr, beim Neubauramt Freiburg i. Br., Wilhelmstr. 48. Zuschlagsfrist 4 Wochen. Reichsbahn-neubauramt Freiburg i. Br.



Badisches Landestheater

Sonntag, 1. Januar 1933
Nachmittags
Stüpfel bummelt durch die Welt
Märchen von Karl Ziemler
Regie: v. d. Trend
Dirigent: Ebbede
Mitwirkende:
Vertram, Frauendorfer, Seiling, Vardusch, Freis, Gebelein, O. Höder, Krausmeier, Weizner, Moerschel, Schneider, G. Höder, Kuhne, Mehner, R. Müller, R. Müller, Brüder, Schöthalter, Schulze, Seb, Milian, G. Lindemann, Mateo, Peterfen
Anfang 15 Ende 17 1/2
Preise 0,40—2 RM.
Abends
Außer Miete
Carmen
Oper von Bizet
Dirigent: Krips
Regie: Dr. Waag
Mitwirkende:
Blant, Franz, Fischbach, Winter, Gospach, Kohnbach, Kiefer, Höfer, Rentwig, Orner, Kleinbus
Anfang 19 Ende geg. 22 1/2
Preise E (0,90—5,70 RM)

Badische Bank
Karlsruhe — Mannheim
Annahme von Bareinlagen • Verwaltung von Wertpapieren
Hinterlegungsstelle für Mündelvermögen



Im Stadt. Konzerthaus

Sonntag, 1. Januar 1933
Glückliche Reise
Operette
von Eduard Künneke
Dirigent: Schwarz
Regie: Pruscha
Mitwirkende:
Frauendorfer, Janz, Feiblich, Seiling, O. Höder, Brand, Ernst, Kloeble, Mehner, R. Müller, Brüder, Ehret, Garprecht
Anfang 19 1/2 Ende 22 1/2
I. Parlett 2,60 RM
Die Badische Kraftverkehrs-gesellschaft m. b. H. in Karlsruhe ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden. Karlsruhe, den 28. Dezember 1932. M. 218
Badische Kraftverkehrs-gesellschaft m. b. H. in Liquidation.

Strassenbau-Notstandsarbeiten
Schiebkarren, Melgeräte, Hebezeuge, Baupumpen, Wegewalzen, Kanalguß usw. liefert billigst. Man verlange Preis- u. Kataloge.
Fa. Wilhelm MESSMER, Villingen/Schw.
Mittl. d. B. B. B. Fernspr. 2131. M. 193

Betr. Jagdverpachtungen
Die badischen und süddeutschen Jäger sind durchwegs abonniert auf die große deutsche illustrierte Jagdzeitung „Der Deutsche Jäger“, München, u. a. auch offiz. Organ des Badischen Bundes Deutscher Jäger, Karlsruhe und seiner Bezugsgruppen: Wertheim, Landersbüschelheim, Baden, Osterburken, Heidelberg, Mannheim, Bruchsal, Pforzheim, Karlsruhe, Markt, Baden-Baden, Rest-Offenburg, Kitzingen, Lahr, Freiburg, Waldbrunn, Donaueschingen, Linsgau-Heuberg, Vörsach und Rosbach. Die weitverbreitete und fischerzeitverpachtungen, worauf die Stadt- und Gemeinderäte besonders aufmerksam gemacht werden. Anschrift: „Der Deutsche Jäger“ F. C. Mayer Verlag, München 2 C, Spardastr. 11. M. 46

Notstandsarbeiten
Freiwilliger Arbeitsdienst
Günstige Ausnahmeabgabe in: Rollbahngleisen, Kippwagen, Weichen, Drehscheiben; Werkzeugen: Kreuzpickeln, Schaufeln usw.
Miete und Kauf M. 206
Martin Eichelgrün & Co., Feldbahnfabrik, Karlsruhe, Lessingstraße 1a, Telefon Nr. 5124.

PORPHYRWERK DOSSENHEIM
HANS VÄTTER
DOSSENHEIM 2 8190714
Lieferer von Schuß-, Reckmaschinen und sonstigen
STRASSENBAU-MATERIAL

Die Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G. m. b. H. in Heidelberg ist aufgelöst. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden. Heidelberg, den 24. Dezember 1932.
Siedlungsgesellschaft Badische Pfalz G. m. b. H. in Liquidation.
Triberg. E. 272
Güterrechtsregistereintrag: Schmelzer Eugen, Schneider in Hornberg und Anna Hilbrand. Vertrag vom 5. Dezemb. 1932: Erzeugnisse-Gesellschaft. Triberg, den 27. Dez. 1932. Amtsgericht.